

Abrechnung mit Vandervelde.

Von unserem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

An alte Sünden erinnert zu werden, ist immer ein unangenehmes Ding für Politiker, die sonst durch ein dickes Rhinocerosfell ausgezeichnet sind. Ob Herr Vandervelde, der ehemalige Justizminister des Königs von Belgien und anerkannter Führer der belgischen Sozialistenpartei, sich im Besitz eines solchen Schutzmittels gegen äußerliche Annehmlichkeiten befindet, werden nur seine näheren Freunde zu entscheiden wissen. Nun er sich aber zur Verteidigung der von den Bolschewisten angelegten Sozialrevolutionäre nach Moskau begeben hat, sieht er sich dort plötzlich in eine Lage versetzt, wie Daniel in der Löbengrube. Er ist hingeht, um von seiner Eigenschaft als Advokat und Verteidiger zugunsten der unter schwerer Anklage stehenden Gefinnungsgegnossen Gebrauch zu machen. Die Moskauer Kommunisten aber sahen über ihn als einen Führer des internationalen Proletariats her, der er nach wie vor zu sein behauptet, während die Inhaber des allein seligmachenden Glaubens Leninscher und Trozki'scher Färbung ihn nur noch als einen der vielen "Verfälscher" der Weltrevolution gelten lassen.

So hagelte es denn förmlich auf ihn, kaum, daß er in Moskau eingetroffen war, in Versammlungen, in Kreisen, in öffentlichen und privaten Besprechungen Angriffe schwerksten Kalibers herab, mit der Tendenz, ihm auch vor dem Forum des sogenannten Revolutionsgerichtes, das gegenwärtig in Moskau wieder einmal seines Amtes werten soll, jede Autorität zu nehmen. Die härteste Anklage, die dabei gegen Vandervelde immer wieder erhoben wird, wird aus der Tatsache hergeleitet, daß er im Namen und als Vertreter des Königs von Belgien den Versailler Vertrag unterzeichnet hat. Dieser sogenannte Friedensvertrag wird von den russischen Bolschewisten nicht weniger scharf verurteilt, als wir Deutsche es, aber leider immer noch erfolglos, getan haben. Für uns umschließt er den ganzen nationalen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Jammer, in dem wir zu erkranken drohen. Den Russen gilt er vor allen Dingen als Todesurteil gegen den heiligen Geist der internationalen Verbündeten, wie sie ihn auffassen. Ein Sozialistenführer, der die Verküpfung großer Teile eines mit Recht selbstbewußten Volkes, seine Ausbeutung durch den hungrigen Weltkapitalismus mit seinem Namen gutheißt, hat nach der Überzeugung der Russen das Recht verweigert, sich noch irgendwo vor Arbeitermassen als Wortführer der ersten oder zweiten oder zweieinhalbten Internationale bilden zu lassen. Herr Vandervelde muß schließlich doch einigen Verdruß darüber empfunden haben, wie ihm hier, in der eigentlichen Heimat der dritten Internationale, unaufrichtig angezählt wurde, und so hat er schließlich an die "Jubelstimme", das Regierungsblatt der Moskauer, einen Brief gerichtet, in dem er seine Haltung in Versalles so gut wie möglich zu rechtfertigen sucht. Er habe den Friedensvertrag unterzeichnet gemäß dem Mandat, das er von der belgischen Arbeiterpartei erhalten habe, weil er für Belgien die Befreiung seines Gebietes und den Schadenersatz für die Zerstörungen sanktionierte, die durch den deutschen Einfall verursacht waren. Vor seiner Unterschrift aber habe er sich dem öffentlichen Protest der belgischen Arbeiterpartei gegen die imperialistischen Punkte des Vertrages angeschlossen und schließlich sei ja im Vertrage selbst eine Nachprüfung seiner Bestimmungen vorgesehen, wie sie jetzt von den belgischen Sozialisten im Einvernehmen mit den Genossen in Deutschland, England, Italien und Frankreich angestrebt würde.

Eine glückliche Verteidigung? In Moskau wird ihm sofort erwidert, daß es gar nichts ausmache, ob er nach der Unterzeichnung des Vertrages gegen dessen räuberische Teile als Privatmann protestiert habe oder nicht. Man bescheinigt ihm, daß er sich auf Androhen zurückziehe: er beweise im Grunde nur, daß er nicht dort war, wo das Pferd gestohlen wurde, wenn er auch zugeben müßte, dieses Pferd verkauft zu haben. Vandervelde scheint bei den russischen Arbeitern ungefähr den politischen Verstand von Säuglingen vorauszusetzen, werde aber damit kein Glück haben. Vier Jahre seien seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages verstrichen. Das deutsche arbeitende Volk sei durch ihn zum Knecht des Weltkapitalismus geworden, aber weder Frankreich noch der König, dessen Minister Vandervelde war, zeigten die geringste Reigung, sich vom Vertrage loszusagen. Resolutionen, auch wenn Vandervelde ihnen jetzt zustimmt, nähden dem deutschen Arbeiter ebenso viel wie dem Toten der Weichwand König Albert

hätte sich an die Unterschrift seines treuen Dieners von damals, ungeachtet der Grimassen, die er schneide, selbstem er den königlichen Dienst verlassen habe und wieder zur Opposition übergegangen sei. Nach einer anderen Meldung soll Vandervelde darüber hinaus noch gegen die deutschen Reichssozialisten und Unabhängigen den Vorwurf erhoben haben, daß sie die Bedingungen des Versailler Vertrages angenommen hätten. Seine Aufgabe als belgischer Minister konnte nur darin bestehen, die belgischen Interessen wahrzunehmen; sollte er deutscher oder volkswirtschaftlicher empfinden als die damaligen Führer des deutschen Volkes?

Man sieht also, mit den Herren Kommunisten ist höchlich schlecht Kirschen essen, und wenn Herr Vandervelde seine eigene Verteidigung schon so vorbeigeklickt ist, — wir wird es erst den armen Angeklagten gehen, deren er sich in Moskau angenommen hat?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Marcksabkommen mit Belgien.

In Brüssel sind die deutsch-belgischen Verhandlungen wegen des Verkaufs der beim Waffenstillstand in Belgien zurückgelassenen 6 Milliarden deutscher Mark wieder aufgenommen worden. Diese Frage, über die schon seit November 1919 verschiedentlich verhandelt wurde, soll nun nach Möglichkeit unbedingt zu einem Abschluß gebracht werden. Vor einigen Tagen sind Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums nach Brüssel abgereist.

Mittelstandsabtagung in Braunschweig.

Der vom Reichshandelsverband für Handel und Gewerbe in Braunschweig, von der Zentralstelle zur Erhaltung von Friedenswirtschaft und Eigentum in Berlin, vom Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine und anderen Vereinen einberufene Mittelstandsabtagung hatte ungefähr 600 Vertreter aus 500 deutschen Städten in Braunschweig versammelt. Beamte der staatlichen und städtischen Braunschweiger Verwaltung, verschiedene politische Parteien, ferner Vertreter des ausländischen Mittelstandes, u. a. der Vizepräsident der Handelskammer in Rotterdam und Mitglieder des Niederländischen Arbeitsrates waren ebenfalls erschienen. Nach den Darlegungen zahlreicher Redner wurde eine Entschließung angenommen, die ein Kartell aller schaffenden Stände fordert. Direktor Jungmann aus dem Haag versicherte dem deutschen Mittelstand die unverwundliche Sympathie der holländischen Mittelstandskreise.

Smecets wegen Verleumdung Eberts verurteilt.

Der bekannte rheinische Sonderdichter und Franzosenfreund Smecets stand vor dem Kölner Gericht wegen Verleumdung des Reichspräsidenten. Er wurde unter Zusammenziehung mit der Strafe, die die Strafkammer bereits im März gegen ihn erkannt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe vom März betrug fünf Monate Gefängnis.

Frankreich.

Die kritische Haager Konferenz. Seit Tagen geht ein ziemlich scharfer Notentwurf zwischen Paris und London vor sich, der sich mit der Frage der geplanten Haager Konferenz befaßt. Im Haag soll eine Verständigung über die russischen Angelegenheiten gesucht werden. Frankreich scheint aber diese Verständigung nach seiner Art ebenfalls verhindern zu wollen, und darob erhob die englische Regierung den Vorwurf, die französischen Darlegungen schienen auf Begriffsverwirrungen zu beruhen. Poincaré antwortete auf diese Liebesverwirrung belgedruckt. England aber bleibt dabei, daß eine Verständigung mit den russischen Delegierten und eine Zusammenarbeit mit ihnen durchaus notwendig sei, wenn etwas Praktisches erreicht werden sollte.

Rußland.

Lenin ein Todesandidat. Das englische Parlamentmitglied O'Grady, das soeben aus Russland zurückgelehrt ist, erklärte Blättermeldungen zufolge, Lenin leide an den Folgen eines vor einem Jahr auf ihn verübten Revolverattentats. Sein Tod sei nur noch die Frage von Wochen. Vor zwei Wochen sei der Zustand Lenins bereits sehr ernst gewesen.

Sammelmappe für bemerkenswerte Tages- und Zeitergebnisse.

* Der neue Schweizerische Gesandte in Berlin, Dr. Gaston Carlin, ist auf einem Spaziergang in der Siegedaue einem Herzschlag erlegen. Dr. Carlin Vorgänger auf dem Berliner Posten, Dr. Alfred von Plehva, starb vor wenigen Wochen unter ähnlichen tragischen Umständen.

* Im Erzberger-Prozess wurde der Angeklagte Kapitänleutnant a. D. von Klüger von der Anklage wegen Beihilfe und Begünstigung der Mörder freigesprochen.

* Nach einer Pariser Meldung will Frankreich in Washington erklären lassen, daß es ihm während mehrerer Jahre unmöglich wäre, auch nur einen Dollar Zinsen zu bezahlen.

Berlin. In der Reichskanzlei fand die angekündigte Uebesprechung statt, in der Staatssekretär Bergmann über die Pariser Verhandlungen berichtete.

Berlin. Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der gegen Reichsminister Dr. Herzog erhobenen Verduldungen beschäftigte sich mit den Auslagen des Vertriebenen des Winterverbandes, Dr. Faust, der erklärte, es sei bei dem Winterverbande üblich, rechtliche Meinungsäußerungen zu öffentlichen Bedingungen abzugeben, wie für Dr. Dermes vom Verband gewährt worden seien.

Berlin. Reichswehrminister Dr. Gessler ist bei seinem Aufenthalt in Süddeutschland erkrankt.

München. Gegen das Expeditionskolossal der sozialdemokratischen Münchener Post wurde ein Hausbrandananschlag ausgeführt. Eine Schanzenkerbe wurde zertrümmert, eine Explosion hat nicht stattgefunden.

Paris. Der Wiederherstellungsausschuß berät zurzeit über eine neue Note an Deutschland, in der die Autonomie der Reichsbahn und die Kontrolle der Kapitalflucht behandelt werden soll.

für heut und morgen.

Die Entschädigung vertriebener Reichsdeutscher. Durch den Krieg sind mehrere hunderttausend deutscher Reichsangehöriger über die allgemeinen Kriegesfolgen hinaus noch dadurch betroffen worden, daß sie aus den abgetrennten Gebieten, aus den ehemaligen deutschen Schutzgebieten oder aus dem Auslande vertrieben wurden. Das Reich hat es als Pflicht der Gesamtheit des Volkes anerkannt, die Schäden, die die Vertriebenen erlitten haben, mitzutragen. Das Verdrängungsgesetz, das Kolonialschädengesetz und das Auslandsschädengesetz suchen diesem Grundsatz gerecht zu werden. Die Entschädigungsanträge sind bis zum 30. Juni 1922 bei Verlust des Entschädigungsanspruches einzureichen. Zuständig für die Entschädigungen sind die Spruchkammern des Reichsschädigungsamtes für Kriegsschäden, gegen deren Bescheide Berufung innerhalb eines Monats an das Reichskriegsgericht eingelegt werden kann. Dem eigentlichen Entschädigungsverfahren geht ein Vorprüfungsverfahren voraus, das 1. dem Hilfsbund für die Elend-Lothringen im Reich, e. V., Berlin-Schöneberg, Martin-Lutherstraße 27, für die Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmédy, 2. dem Deutschen Elsbund, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 14, für die Vertriebenen aus den früheren preußischen, jetzt polnischen Gebieten, sowie für die Vertriebenen aus Nord-schleswig, 3. dem Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressen, Berlin-Niederschlesische Straße 2, für die Kolonialdeutschen, 4. dem Bund der Auslandsdeutschen, Berlin C. 2, Klosterstraße 75, für die Auslandsdeutschen und 5. dem Verband der im Auslande geschädigten Inlandsdeutschen, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 23, für diese Interessenten übertragen worden ist. Die gesamten Interessentenvertretungen haben zahlreiche Prüfungsstellen errichtet. Diese sind, ebenso wie die einschlägigen Bestimmungen über Ersatzansprüche, Umfang des Schadenersatzes und Art des Verfahrens in einer von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin W. 35, herausgegebenen Broschüre "Was geschieht für die aus den abgetrennten Gebieten und dem Auslande Vertriebenen?", die auf Wunsch jedem Interessenten unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, bekanntgegeben. Die Adressen der Prüfungsstellen werden außerdem von den oben genannten Interessentenvertretungen oder von ihren Ortsgruppen auf Anfrage mitgeteilt. Die Anträge sind bei diesen Vorprüfungsstellen unter Benützung der am 1. I. 1922 formularen einzureichen, die von den Vorprüfungsstellen und von den Ortsgruppen der Interessentenvertretungen unentgeltlich ausgeschrieben werden.

Chelovek!

1) (Nachdruck verboten.)

Der Schnellzug, der den Regierungsrat Dieterici mit seiner Familie von Danzig nach Berlin bringen sollte, hatte Überwachte postiert. Der Herr Regierungsrat, ein äußerst korrekter Herr von etwa fünfzig Jahren, bildete in seinem Handspiegel, stich mit der Taschenuhr über den glatt anliegenden, etwas ergrauten Scheitel und den wohlgepflegten Schnurrbart, der ein wenig zu schwarz für das ehemals bräunlich erglänzende Haupthaar ansah und verriet, daß der Herr Regierungsrat "künstlich nachhakt". Dann ruhte er mit dem tadellos sauberen Taschentuch die Gläser seines goldenen Anvisiers und schaute auf die Uhr.

"Natürlich, wir kommen mit hundertfünfzehn Minuten Verspätung in Berlin an!" Er pflegte seit der Revolution jeden Satz, der an irgend etwas eine mißliebige Kritik ausdrücken sollte — und das tat eigentlich jeder — mit "natürlich" und einem ironischen Lächeln anzuschauen. "Wenn wir nur überhaupt hinkommen," antwortete sanft ergebungslos Frau Agathe, seine runde, noch ergrautere Gehäufte, und blickte durch das Lognon in die Nacht hinaus.

"Wie freue ich mich auf Berlin!" Ein fast strafender Blick beider Eltern traf das kleine Hildchen, ein nebliges Bäckchen von sechzehn Jahren mit blondem, freisund um den Kopf gelegten Zöpfchen. "Natürlich auf Onkel Adolf und Tante Charlotte," setzte sie schleunigst hinzu, als sie das Mißfallen der Eltern erkannte.

Nur Hubert, der Sohn des Hauses, sechszwanzig Jahre und schlagobadener Referendar, sagte gar nichts, sondern runde still seine Zigarette.

Warum sollte er dem Papa auf die Nase binden, daß er seit Wochen in allen Berliner Zeitungen die Kundwische des Berliner Nachtlebens studierte, in der stillen Hoffnung, recht bald mit ihnen Bekanntschaft zu machen. Der Vater hatte ihn schon vorher genügend durch wohlgeleitete Warnungen moralisch gefäßigt, und er zog es vor, sich zum stillen Wasser auszubilden, das dafür um so tiefer ist. Aber der Herr Regierungsrat mußte nörgeln.

"Natürlich, wenn man einem neuen Wirkungskreis von vornherein mit Unlust und Abneigung gegenübertritt — wie ich jung war —"

Frau Agathe unterbrach die väterliche Ermahnung, die vorausschicklich bis Berlin gedauert hätte.

In den hellblauen Ulster, der Referendar half dem Vater in seinen Belg, als der Zug wieder ansah und gleich darauf in die Halle des Steinher Bahnhofs hielt, war Familie Dieterici schon bereit, sich aus dem Gedränge des überfüllten Abteils in das Gewühl der Großstadt zu stürzen.

"Du, Klemeus, etwas heller und freundlicher hätte ich mir den Bahnhof schon vorgestellt!"

Der Herr Regierungsrat antwortete nicht, sondern blickte aufmerklos um sich.

